

Thema der Woche

Direktkandidatin für den WK 153, Leipzig II

Name: Ulrika Schöllner

Alter: 61

Beruf: IT-Consultant



Rentensystem:

Ein ganz brisantes Thema...

Seit vielen Jahren wird recht erfolglos an diesem so wichtigen Thema rumgepfuscht, und die Lage verschlechtert sich weiter zunehmend. Milder kann man das Stückwerk aller Regierungen der letzten Jahrzehnte leider nicht betiteln.

Um es vorweg ganz klar zu formulieren. Die Chancen, dieses System fließend und verträglich für alle umzugestalten, wurden sämtlich verpasst. Alle Politiker haben sich davor gedrückt, und viele Wähler haben genau das gewählt – den leichteren Weg des Wegschauens. In den 70ern hätte begonnen werden müssen, die Väter des Systems hatten von Beginn an darauf hingewiesen. Alle Daten waren klar, die Entwicklung absehbar, Niemand kann sich mit Überraschungen rausreden – die Wiedervereinigung ausgenommen.

Einen einfachen Lösungsvorschlag werden Sie von mir also nicht erwarten können, der wäre unredlich und reine Wahlpropaganda.

Genau in das Muster passen die aktuellen Scholz-Aussagen von ca. 5% Rentenerhöhung.

Wir haben nie dagewesene Wirtschaftseinbrüche, wir haben Rekord-Ausgaben für Corona in den Bereichen Medizin und Ausgleichszahlungen für Betroffene, neue Rekord-Verschuldungen. Wo kommt das Geld dann plötzlich her?

Diese unredlichen Versprechen sind ein erneutes Vergehen am Rentensystem selbst, und eine ungeheure Belastung der heranwachsenden Generation, sowie der aktuell Steuern zahlenden Bevölkerung jetzt und zukünftig.

Mit jedem Jahr, das weiter vergeht, wird die Situation dramatischer. Die Baby-Boomer Jahrgänge stehen vorm Rentenalter, die Lebenserwartung steigt weiter, die Anzahl der zu Versorgenden gegenüber den Zahlenden nimmt weiter zu, das Verhältnis nähert sich der Unmöglichkeit der Beherrschung.

Jede Umwälzung – Reförmchen retten nichts mehr - wird schmerzhaft sein.

Die Grundlage unseres RV ist der Generationenvertrag, der jedoch nicht mehr tragfähig ist auf Grund der Alterspyramide unserer Gesellschaft. Mehr als 80 Mrd. Euro müssen schon aus Steuern ins System gepumpt werden, um es aufrecht zu halten, Tendenz steigend. Die Beiträge zur RV sind hoch, die Auszahlungen sinken seit Jahren.

Aktuell wird hier gern auf das Ausland verwiesen, wo Franzosen, Italiener Griechen u.a. früher in Rente gehen, und im Verhältnis zum letzten Einkommen mehr Rente erhalten. Das ist leider richtig. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass diese Länder sich diese Verhältnisse selbst nicht leisten können auf Grund ihrer Wirtschaftskraft. Es wird durch Schulden finanziert, basierend auf der absurden Nullzins-Politik der EZB, für deren Folgen am Ende besonders der deutsche Steuerzahler haftet.

Eine Übernahme solcher Verhältnisse ist also unmöglich, weil die gesellschaftlichen Fakten schlicht dagegenstehen.

Was also tun?

Einfache Lösungen gibt es nicht. Jede Erhöhung der Beiträge, pauschal mehr Umlagen auf die Arbeitgeber sind zusätzliche Last für die junge Generation und weitere Steigerung unserer ohnehin hohen Lohnkosten und Abgabelast.

Eine weitere Erhöhung des Rentenalters ist nicht durchsetzbar, und für viele Arbeitnehmer in bestimmten Branchen eine Zumutung.

Vergessen wir aber bitte nicht. Als das RVS 1959 eingeführt wurde, lag die Lebenserwartung so, dass durchschnittlich kaum mehr als 5 Jahre Rentenbezug zu erwarten waren. Heute sind das schon ca. 15-20 (!) Jahre bei sich ständig verschlechternder demographischer Situation! Das muss irgendwie zusätzlich finanziert werden.

Weil das versäumt wurde anzupacken, stehen wir heute vor einem fast unlösbaren Problem, und dabei fehlt überall politische Ehrlichkeit und Redlichkeit.

Innerhalb des bestehenden RVS gibt es keine Lösung. Obendrein droht auch die Kollabierung des Pensionssystems der Beamten, weil niemals angemessene Rücklagen durch den Staat gebildet wurden.

Gern wird davon fabuliert, alle Berufe zur Einzahlung zu verpflichten, auch Selbständige und Berufe mit eigenen Versicherungssystemen, wie Ärzte, Architekten u.a.

Das jedoch ist polemisch. Die Strukturellen Probleme (Demographie) dort sind die Gleichen, auch wenn es dort noch etwas besser aussieht.

Es führt zu keinerlei Verbesserung unseres Systems, reist diese noch halbwegs funktionierenden Systeme auch noch in den Strudel, aus 1,5 Lahmen wird kein Sprinter.

Also brauchen wir neue Lösungsansätze.

Ansatz 1: **alle** zahlen ein, es gibt eine Einheitsrente, unabhängig vom Einkommen.
Problem: das kenne ich schon aus der DDR, war nicht besonders beglückend, Tendenz der Rentenauszahlung wird weiter sinkend sein, für die heute besser Gestellten eher drastisch.

Ansatz 2: wir machen einfach so weiter, und der Fehlbetrag wird aus Steuern zugeschossen. Das jedoch ist nichts anderes als eine weitere Steuererhöhung für die Erwerbstätigen bei Aussicht auf sinkende Rente. Nach einer dramatischen Phase in den kommenden 20 Jahren wird es sich danach evtl. wieder etwas entspannen, weil der Überhang der älteren Bevölkerung „abgebaut“ sein wird. Klingt in jeder Hinsicht etwas zynisch.

Ansatz 3: angelehnt an Ansatz 1, bekommen **alle** die gleiche Grundrente, dann jedoch bei gleicher Einzahlung ins System, nicht mehr einkommensabhängig. Jeder kann sich zusätzlich privat höher versichern entsprechend seiner Möglichkeiten und Wünsche

Ansatz 4: wir lehnen uns an das Schweizer System an.

Das wäre ein 3-stufiges RVS.

Stufe 1 wäre Ansatz 3

Stufe 2 wäre eine Beteiligung aller Arbeitnehmer in Form einer Betriebs-Rente. Diese muss jedoch unabhängig vom staatl. Rentensystem geführt werden.

Stufe 3 wäre die Option der zusätzlichen freiwilligen Höherversicherung über den Versicherungs- und Kapitalmarkt.

Alle Ansätze, von Ansatz 2 abgesehen, würden eine Auflösung des Sonderstatus der Beamten, sowie eine Einzahlungspflicht aller Arbeitnehmer, unabhängig vom Einkommen, bedeuten.

Die staatliche Grundsicherung der Stufe 1 wäre dann tatsächlich auch nur ein Minimum an Lebenssicherung, niemals allein ausreichend.

Stufe 2 würde alle Freiberufler ausschließen, die dann umso mehr über Stufe 3 zulegen müssten, was sie jedoch auch heute schon machen.

Mein prinzipielles Verständnis von Leben, Risiko und Eigenverantwortung würde zwar jede verpflichtende Versicherung von Freiberuflern ablehnen, doch sehe ich auf der anderen Seite auch, dass dann die Gesellschaft zusätzlich einspringen muss, wenn sie nicht genug für sich vorgesorgt haben. Es sei denn, wir wären bereit, das einfach hinzunehmen.

Das sind aus meiner Sicht die Optionen, die wir als Gesellschaft haben. Es macht heute wenig Sinn, dazu detaillierte Aussagen zu machen, die Machbarkeit und Finanzierung zu beleuchten.

Zuerst müssen wir als Gesellschaft erkennen, dass wir ein gewaltiges Problem haben, dass weder mit Durchhalte-Parolen, noch mit einfachen „Lösungs“-Parolen gelöst, schon gar nicht nur repariert werden kann.

Danach müssen wir über die prinzipiellen Wege diskutieren, die wir gehen können und wollen. Dann folgen Details. All das muss schnell passieren, andernfalls kollabiert das System, bzw. steigen die Abgaben/Steuern weiter und sinken die Leistungen.

Diese komplexe Thematik kann keinesfalls in den Hinterzimmern des Politikbetriebes ausdiskutiert werden, hier ist ein breiter Ansatz von Fachleuten ohne Politik-Geruch im Dialog mit der Gesellschaft nötig.

Dafür werde ich mich intensiv einsetzen!